Was soll nachhaltige Familienpolitik?

Anmerkungen zum Siebten Familienbericht der Bundesregierung

What Should Sustainable Family Policy be About?

Comments on the Seventh Family Report of the Federal Government

Johannes Huinink

Institut für empirische und angewandte Soziologie, Universität Bremen, EMPAS FVG-Mitte, Celsiusstraße,
D-28359 Bremen
E-Mail: huinink@empas.uni-bremen.de

Der Siebte Familienbericht darf mit seiner durch eine hohe wissenschaftliche Kompetenz fundierte Darstellung der familialen Wirklichkeit in Deutschland und Europa sowie mit seinen familienpolitischen Entwürfen getrost als ein weiterer Meilenstein der Familienpolitikberatung in der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Er ist damit ein würdiger Nachfolger des Fünften Familienberichts (BMFuS 1994), der einen ähnlich umfassenden Auftrag verfolgte. Wie der Fünfte, so setzt dieser Familienbericht nicht nur für die öffentliche Diskussion, sondern auch für die familienwissenschaftliche Forschung neue thematische und begriffliche Standards. Ihm kommt das Verdienst zu, (endlich) erstmalig den notwendigen international vergleichenden Blick eingenommen zu haben, der für die Einschätzung der Situation der Familie in Deutschland und für Vorschläge zu ihrer Verbesserung unverzichtbar ist – auch wenn angesichts der Pfadabhängigkeiten in der Entwicklung regionaler und nationaler Familienkulturen und -politiken die Frage der Übertragbarkeit von Maßnahmen und Institutionen von einem Land in ein anderes nicht einfach zu beantworten ist. Hier gibt es einen Nachholbedarf an kulturvergleichenden Analysen. Die diesbezügliche Unterversorgung der international vergleichenden Familienforschung konnte dieser Familienbericht nicht ausgleichen. Das kann ihm nicht kritisch angelastet werden. Sie gibt eher Anlass darüber nachzudenken, ob es hier künftig nicht verstärkter Anstrengungen bedarf.

Von den inhaltlichen Schwerpunkten des Siebten Familienberichts möchte ich wenige Aspekte hervorheben, die auch für die zukünftige familiensoziologische Forschung zentral sind und die diese vor große Herausforderungen stellen. Der Bericht betont die Einbettung der Familienentwicklung in den Gesamtzusammenhang individueller Biogra-

phien und stellt die Idee der Balance zwischen verschiedenen Lebensphasen und Lebensbereichen in das Zentrum seiner Überlegungen. Bemerkenswert ist die damit verbundene anspruchsvolle lebenslaufanalytische Fundierung der Argumentation. Damit wird die Anforderung einer (Re-)Integration von Familie in den ausdifferenzierten gesellschaftlichen, regionalen und sozialen Kontext verbunden. Das mündet in Entwürfe zu einer Familienpolitik, die auf einen Begriff der Nachhaltigkeit rekurriert, der sich wohlthuend von der bisherigen familienpolitischen Diskussion abhebt.

Ich möchte zum einen, gewissermaßen selbst auf die bisweilen etwas bespöttelte Konjunktur des Nachhaltigkeitsbegriffs hereinfallend, dessen Bedeutung in der aktuellen familienpolitischen Debatte beleuchten und zugleich die Rolle skizzieren, die der Siebte Familienbericht dabei spielen kann, wenn ihn denn alle richtig verstehen. Zum zweiten will ich erörtern, welches Verständnis von Familienbeziehungen im Spannungsfeld zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlichen Erwartungen (oder Zumutungen) in dem Familienbericht vertreten wird. Das hat Konsequenzen dafür, wie man familienpolitische Maßnahmen begründet, die in dem komplexen Sinne von Nachhaltigkeit, wie diese im Bericht verstanden wird, erfolgreich sein sollen. Abschließend will ich eine kurze Anmerkung zur zukünftigen Forschung machen.

1. Was ist ‚nachhaltige Familienpolitik‘?

Nachhaltigkeit ist heute bekanntermaßen ein Modebegriff in der politischen Diskussion, also darf er auch in der familienpolitischen Debatte nicht fehlen. Diesem Diktum – so könnte man fast meinen – kann sich auch ein Familienbericht dieser Zeit nicht

entziehen. Zwar taucht der Begriff nicht im Titel des Siebten Familienberichts auf; als Leitbegriff einer neuen Familienpolitik wird er aber in den Abschnitten VII und VIII explizit propagiert. Dieses soll nun wahrlich kein Anlass zu einer Kritik sein, im Gegenteil: Der Familienbericht geht souverän mit diesem Begriff um und führt ihn in überzeugender Weise aus einem verengten Verständnis heraus, das die familienpolitische Debatte in den letzten Jahren beherrscht hatte.

In die Familienpolitik wurde der Nachhaltigkeitsbegriff ja bekanntlich an anderer Stelle eingeführt, und zwar (spätestens) mit einem Gutachten aus der Rürup-Werkstatt, das vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegeben wurde (Rürup/Gruesku 2003). Bezeichnenderweise wird dieses Gutachten in der Stellungnahme der Bundesregierung zum neuen Familienbericht denn auch prominent zitiert (XXV). In dem Gutachten verweist Nachhaltigkeit auf eine recht einseitig, in erster Linie ökonomisch (wie sicher auch immer) begründete Sicht der Familienpolitik, die dafür zu sorgen hat, dass eine für die sozio-ökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft ausreichend hohe Kinderzahl in der Bevölkerung realisiert wird. Die zeitweilige Zuspitzung auf diese verengte Sicht von Nachhaltigkeit („Deutschland braucht mehr Kinder“) hat zweifellos mit dazu beigetragen, dass Familienpolitik heute ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht und Fragen der Familienentwicklung in anderen Bereichen unserer Gesellschaft, wie der Wirtschaft, einen hohen Stellenwert erlangt haben. Ein Konzept, das in erster Linie auf eine explizit dem Bevölkerungsbestand förderliche Familienpolitik abhebt, ist aber zu kurz gegriffen, wenn nicht gar irreführend. Der Siebte Familienbericht setzt dem ein in dankenswerter Weise differenziertes und ausgewogenes Verständnis davon entgegen, was Nachhaltigkeit im Kontext von Lebenslauf und Familienentwicklung bedeutet. Es wird eine Palette von Maßnahmenbereichen unter dem Begriff der nachhaltigen Familienpolitik vorgeschlagen, die das Ziel hat, „jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren“ (245f.). „Nachhaltigkeit gewinnen“ heißt dann: die Herstellung und Garantie einer tragfähigen Balance zwischen männlichen und weiblichen Lebensentwürfen; die Auflösung starrer Lebenslaufregimes, die den (wiederholten) Wechsel zwischen und das gleichzeitige Engagement in verschiedenen

Lebensbereichen ermöglicht, eine Balance zwischen Bildung, Beschäftigung und Familie erlaubt und der zunehmenden strukturellen Heterogenität einer sich demografisch verändernden Gesellschaft Rechnung trägt; die Vitalisierung von sozialer Integration, Hilfe leistender Partizipation und Kooperation bei der Bewältigung der Aufgaben familialer Fürsorge unterhalb der Schwelle familienpolitischer Leistungen; die Berücksichtigung regionaler Disparitäten in den strukturellen Rahmenbedingungen, aber auch in den Lebens- und Familienmodellen; finanzielle Unterstützung zur Sicherung der familialen Leistungen und Bekämpfung von Armut.

In früheren Jahren schon hat es im Rahmen der Politikberatung Beiträge zu einer nachhaltigen Familienpolitik gegeben, ohne dass sie so genannt worden wären. Denn wer wollte behaupten, man habe Wesentliches nicht schon lange gewusst und eine vereinbarkeitsorientierte Familienpolitik hätte auf der Basis dieses Kenntnistanandes nicht schon viel früher notwendige Maßnahmen einleiten können? Ich erwähne (noch einmal) den Fünften Familienbericht der Bundesregierung mit dem Untertitel *Zukunft des Humanvermögens*, der die Leistungen von Familien für den Ausbau und Erhalt gesellschaftlicher Reproduktionsfähigkeit mit ihren verschiedenen Facetten vorführt und Maßnahmen zu deren Sicherung propagiert (BMFuS 1994). Ich erinnere auch an das Gutachten *Gerechtigkeit für Familien* des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Familienministerium (2001), in dem ein Modell zur Reform eines Systems intergenerationaler Leistungs- und Lastentransfers vorgestellt wird, das es den Menschen erlauben soll, durch Beiträge zum Humanvermögen die eigenen Lebensperspektiven (auch und gerade im Alter) zu sichern. Beide Dokumente werden im Siebten Familienbericht im Zusammenhang der Nachhaltigkeitsdiskussion rezipiert. Der Bericht stellt sich damit in die Tradition dieser Arbeiten und schreibt die dort vertretenen Forderungen fort. Gleichzeitig wird eine Akzentverschiebung oder eine neue Akzentsetzung betont: „Allerdings sind wir auch der Meinung, dass die starke Betonung einer Lebenslaufperspektive und der Konstruktion der Familie durch die Mitglieder als einer gemeinsamen Herstellungsleistung im Lebenslauf wie auch die Betonung der Bedeutung der Fürsorge in modernen Gesellschaften eine Erweiterung der bisherigen Diskussion darstellt“ (248). Die Familie wird als eigenständiger, unverzichtbarer Faktor gesellschaftlicher Reproduktion verstanden, die nicht nur der Hervorbringung und Sozialisation neuer Generationen sowie der Versorgung der Alten dient (oder dienen kann). Familie

soll als eine soziale Beziehungsstruktur gelebt werden können, die (wieder, aber) auf eine neue und für die nachindustriellen Strukturen angemessene Weise ein beständiges und integrales Element individueller Lebensführung ist. So soll die Abwanderung in die „zielgerichteten Strukturen“ der asymmetrischen Gesellschaft Colemans (1986) nicht zu einem Desaster für die Sphäre der engen, fürsorglichen und, wie ich es ausdrücken würde, dialogischen Beziehungen zwischen „Vollpersonen“ (Luhmann 1988) werden. Sie sollen nicht als Restkategorie sozialer Strukturen verkümmern, sondern im Gegenteil einen zentralen Stellenwert im Beziehungshaushalt der Menschen erhalten oder zurückgewinnen. So selbstverständlich das klingt, so radikal ist diese Perspektive angesichts eines von vielen als unweigerlich betrachteten gesellschaftlichen Wandels, in dem sich andere Prioritäten durchzusetzen scheinen. Sie verlangt ein Umdenken, wonach sich nicht nur die Individuen mit ihren Lebensläufen und ihrer Familienorganisation, sondern auch die Institutionen und Akteure der zielgerichteten Struktur (Staat und Markt) Anpassungsprozessen zu unterwerfen haben, die der Logik genuin familialer Bedürfnisse gehorchen. Dazu gibt es zahlreiche Hinweise und Vorschläge im Familienbericht (etwa im Hinblick auf Flexibilisierung der Arbeitswelt, auf verlässliche Zeitstrukturen für familiales und nicht-familiales Engagement), und es werden auch konkrete Beispiele (etwa: Familie als Taktgeber für betriebliche und öffentliche Zeiten) genannt.

2. Kinder und Familienbeziehungen: private oder öffentliche Güter?

Die Bedeutung der Bereitschaft junger Menschen, Familienbeziehungen als Teil ihres individuellen Lebenszusammenhangs herzustellen und zu pflegen, wird zu Beginn des Siebten Familienberichts besonders betont. Solche Bereitschaft gilt als Voraussetzung dafür, dass für die gesellschaftliche Reproduktion wichtige „gemeinsame Güter“, wie es in der Terminologie des Berichts heißt, geschaffen werden. Die Fürsorge für andere Menschen, die über das Aufziehen und die Erziehung der nachwachsenden Generation hinausreicht, die Pflege der Elterngeneration und bürgerliches Engagement in Nachbarschaft und Gemeinde werden explizit genannt. Später wird hinzugefügt, dass für Kinder und Eltern zu sorgen durch persönliches Glück und Freude motiviert sei, es aber auch als Ausdruck altruistischen Verhaltens anzusehen sei (246). Folgt man dem Al-

truismus-Verständnis des Ökonomen Gary Becker (1993), wonach der Altruist selber von dem Wohlbefinden seines Partners profitiert, weil dieses auch Teil seiner „Nutzenfunktion“ ist, so besteht zwischen Altruismus und Eigeninteresse kein Widerspruch. Prononciert könnte man also formulieren, dass Familienbeziehungen, bei aller vorhandenen kulturellen Überformung, als Wohlfahrt generierende *private* Güter anzusehen sind, wobei ihre Wirkungen für den Aufbau und Erhalt *gesellschaftlicher* Wohlfahrt (im Sinne öffentlicher Güter) von den Individuen nicht intendiert, zumindest nicht entscheidungsrelevant sind. Daran hätte sich familienpolitische Intervention zu orientieren.

Soweit gehen die Verfasser des Familienberichts allerdings nicht. Sie ziehen die Schlussfolgerung: „Unter einer eher familienpolitischen Perspektive bedeutet dies, dass familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der Leistungen von Familien sich eben nicht allein an den gemeinsamen Gütern, die Familien herstellen, orientieren dürfen, sondern auch immer reflektieren müssen, inwieweit überhaupt noch die gesellschaftlichen Voraussetzungen bestehen, dass Individuen bereit sind, diese Verantwortlichkeiten auf der Basis personaler und privater Beziehungen zu übernehmen“ (6). Sollte sich hier, in der Bestimmung des Ansatzpunktes der Familienpolitik, dann doch das Gewicht der Familienbeziehungen und familialen Fürsorge als öffentliches versus privates Gut umgekehrt haben? Aus meiner Sicht bleibt der Bericht hier unklar. Unter dem kritischen Verweis auf die Betrachtung der Familie als sozialer Institution wird abgelehnt, dass sie sich allein als Ort der Herstellung öffentlicher Güter konstituieren lässt. Sie sei dagegen das Ergebnis privaten Handelns von Individuen. Es wird auf die Bedeutung der (selbst herzustellenden) sozialen und der ökonomischen Randbedingungen verwiesen. Gleichzeitig wird der *Bindungscharakter* familialer Beziehungen hervorgehoben. Als (freiwillige) Selbstbindung, die für Solidarität und Verlässlichkeit familialer Beziehungen sorgt, begründet dieser ein wesentliches Element der Attraktivität familialer Beziehungen für die Akteure selbst, weil die besonderen Wohlfahrtseffekte für sie ohne diese Charakteristik nicht denkbar wären (Huinink 1995) – auch wenn er nicht allein durch persönliche Verbundenheit, sondern ebenso durch soziale Normen und das gesetzte (Familien-)Recht mitbestimmt ist. Damit verschafft sich das „Interesse der Gesellschaft“ an der Familie Geltung. Das geschieht aber eher indirekt. Jedem steht es frei, familiäre Bindungen zu vermeiden.

Dabei setzen wir voraus, dass der Gewinn aus engen, bindenden, dialogischen Beziehungen in Partnerschaft oder Elternschaft grundsätzlich nicht (einfach, vielleicht nur vorübergehend) durch das Engagement in anderen Lebensbereichen substituierbar ist. Davon dürften auch die Verfasser des Familienberichts ausgehen; denn als ein zentrales familienpolitisches Anliegen wird – zu Recht und gestützt durch die Befunde der internationalen Familienforschung – die Wiederherstellung einer Balance zwischen familialem und nicht-familialem Engagement im Lebenslauf formuliert. Das macht theoretisch nur Sinn, wenn eine individuelle Motivation angenommen wird, Ressourcen und Zeit in Familie *und* in andere Tätigkeitsfelder zu investieren und in *allen* Bereichen befriedigende Wohlfahrtsgewinne zu realisieren. Man kann dagegen einwenden, dass dieses eine Art „regression to mean“ darstellt, die problematisch erscheint. Man kann behaupten, dass es Gruppen von Personen gebe, die sich „verlustfrei“ von familialen Bindungen fern halten, sich konsequent den hochgradig bindenden Verantwortlichkeiten entziehen und Kompensation in anderen Lebensbereichen suchen. Man darf spekulieren, ob die kürzlich bekannt gewordenen, aber auf schwachen empirischen Grundlagen beruhenden Aussagen über einen Rückgang des Kinderwunsches bei Frauen und vor allem bei Männern ein Indiz dafür darstellen, dass diese Gruppen größer werden (Höhn et al. 2006). In diesem Zusammenhang kann man mangels hinreichender Forschung leider nur vermuten, dass für Frauen und Männer unter den derzeitigen kulturellen Rahmenbedingungen *unterschiedliche* Anreizmomente zu setzen sind, um ihre Bereitschaft zu einem Engagement in Familienbeziehungen zu stärken – wenn es etwa im Zuge der eingeforderten Symmetrisierung der Beteiligung der Geschlechter, die in der Regel die beruflichen Opportunitätskosten der Männer steigern dürfte, hart auf hart kommt. Umgekehrt wissen wir um das Phänomen, dass sich die individuellen Erwartungen bzw. Anforderungen an Partnerschaft und Elternschaft mit den Kosten oder Kostenrisiken sozialer Bindungen, die durch biografische Unsicherheiten und fehlende Verlässlichkeiten begründet sind, vergrößern. Die Folge ist nicht nur, dass ihre Realisierungswahrscheinlichkeit sinkt, sondern dass, wenn sie realisiert worden sein sollten, die Wahrscheinlichkeit ihres Scheiterns steigt. Dadurch erhöhen sich die Instabilität und der Grad der Desorganisation familialer Beziehungen. Dieses ist aus gesellschaftlicher Sicht nicht wünschenswert, da daraus für die Gemeinschaft Risiken für monetäre und soziale Kosten erwachsen.

In diesen Kontext hinein wirken familienpolitische Maßnahmen ganz unterschiedlich. Ihre Wirkung hängt, wie andere sozialpolitische Maßnahmen auch, entscheidend davon ab, wie Adressaten und auch Nichtadressaten aus ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus damit umgehen oder sie für sich zu nutzen wissen. Als nichtintendierte Folgen des Handelns individueller Akteure sind Folgen familien- und sozialpolitischer Interventionen daher nur in einem explizit mehrbenenanalytischen Strukturzusammenhang halbwegs sicher *ex ante* zu beurteilen und *ex post* erklärbar. Entsprechende wirkungsanalytische Reflexionen der in den Szenarien des Familienberichts vorgeschlagenen Maßnahmen, die allesamt nach unserem derzeitigen Wissensstand nachdrücklich zu befürworten sind, wären daher außerordentlich spannend und unterstützenswert.

3. Was tun in der Familienwissenschaft?

Der Siebte Familienbericht äußert erheblichen Bedarf an zukünftiger Forschung. Er formuliert eine Reihe berechtigter Forderungen zur Verbesserung der amtlichen Statistik. Es wird eine interdisziplinär angelegte Längsschnittforschung eingefordert, die vor allem die kindliche Entwicklung im sozialen Kontext zum Thema macht. Wenn man bedenkt, wie eng der Verlauf und die Qualität von Partnerschaft, Elternschaft und intergenerationalen Beziehungen mit der Entwicklung der nachwachsenden Generation zusammenhängen und wie stark dieses wiederum von dem sozialen Kontext beeinflusst wird, sollte man eine Forschung anstreben, die alle Bereiche gemeinsam untersucht. Dazu gibt es eine Initiative, die, gefördert mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ein langfristig angelegtes Längsschnittforschungsprogramm (*Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics – PAIRFAM*) vorbereitet. Die theoretische Grundlage dieses Programms stimmt mit zentralen konzeptuellen Annahmen dieses Familienberichts überein. Vor allem die integrative und komplexe Fundierung über das Konzept des Lebenslaufs als eines über mehrere Ebenen sozial und institutionell eingebetteten, pfadabhängigen Prozesses der Herstellung individueller Wohlfahrt in verschiedenen, interdependenten Lebensbereichen wird übereinstimmend in den Vordergrund gestellt.

Literatur

- Becker, G.S., 1993: *A Treatise on the Family*. Enlarged Edition. Cambridge: Harvard University Press.
- Bundesministerium für Familie und Senioren (= BMFuS), 1994: Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humankapitals. Bonn.
- Coleman, J., 1986: *Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachen in unpersönlichen Systemen*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Höhn, Ch. / Ette, A. / Ruckdeschel, K., 2006: *Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik*. Hrsg. von der Robert Bosch Stiftung GmbH. Stuttgart.
- Huinink, J., 1995: Warum noch Familie. Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt/M.: Campus.
- Luhmann, N., 1988: *Sozialesystem Familie*. *System Familie*, 1, 75–91.
- Rürup, B. / Gruescu, S., 2003: *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, 2001: *Gerechtigkeit für Familien – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs*. Stuttgart: Kohlhammer.